

# Kinder sollen früher Deutsch lernen

Baselland will Kinder mit sprachlichen Defiziten in Spielgruppen schicken. Gemeindeautonomie setzt aber Grenzen.

Michael Nittnaus

«Immer mehr Kinder sprechen und verstehen immer schlechter Deutsch.» Für Sicherheitsdirektorin Kathrin Schweizer steht diese Feststellung am Ursprung ihrer Bemühungen, in Baselland einheitliche Rahmenbedingungen für die frühe Sprachförderung vor dem Kindergarten zu schaffen. In Liestal präsentierte die SP-Regierungsrätin nun das Resultat: Sie schickt eine Gesetzesvorlage in die Vernehmlassung, die es Gemeinden neu ermöglicht, Eltern zu verpflichten, deren Kleinkinder in ausgewählte Spielgruppen oder Tagesstätten zu bringen. Dies, sofern belegt ist, dass das Kind über sprachliche Defizite verfügt. Schweizer betonte: «Sprache ist der eigentliche Schlüssel zu sozialer Integration, zum schulischen Erfolg, zum Eintritt in ein erfolgreiches Berufsleben.»

## Basel-Stadt hat schon ein Obligatorium eingeführt

Damit orientiert sich Baselland am Nachbarn Basel-Stadt. Dort werden bereits per Fragebogen die Deutschkenntnisse aller dreijährigen Kinder erhoben. Wird Bedarf festgestellt, muss das Kleinkind ein Sprachförderangebot besuchen. Die Kosten übernimmt Basel-Stadt. Bei der Basler Vorlage über die frühe Sprachförderung gibt es aber einen gewichtigen Unterschied, wie Schweizer hervorhob: «Bei uns wird die Gemeindeautonomie grossgeschrieben. Es heisst zwar «Sprachförderobligatorium», aber es ist den Gemeinden überlassen, ob sie ein solches einführen wollen.»

Das Zauberwort heisst «selektives Obligatorium». Darauf geeinigt haben sich Kanton und Gemeinden innerhalb eines gemeinsamen Projektteams. Die Präsidentin des Gemeindeverbands VBLG, Regula Meschber-



Spielgruppen mit ausgewiesener Sprachförderung setzen diese nicht schulisch, sondern spielerisch um.

Symbolbild: Bruno Kissling (10.9.2021)

ger, sagte an der Präsentation: «Uns ist es wichtig, dass Gemeinden selber entscheiden können. Wir akzeptieren, dass es unterschiedliche Lösungen gibt.»

«Aus fachlicher Sicht würde ich eine flächendeckende Einführung begrüßen.»

**Thomas Nigl**  
Projektleiter beim Kanton

Die Entscheidungsgrundlage für Gemeinden, ob sie ein Obligatorium einführen, auf freiwillige Angebote setzen oder gar nichts tun, wird ab 2024 die jährlich von einer neuen kantonalen Koordinationsstelle nach Basler Vorbild durchgeführte Sprachstanderhebung bei Dreijährigen sein. Thomas Nigl, Projektleiter in der Sicherheitsdirektion, sagt zur bz: «Aus fachlicher Sicht würde ich eine flächendeckende Einführung begrüßen. Ich sehe aber auch das Problem kleinerer Gemeinden, die heute kaum Angebote haben. Wenn sie extra etwas aufbauen, dies dann aber nicht genutzt wird, profitiert niemand davon. Zumal die Gemeinden die Kosten tragen müssen.»

Das Kostenargument ist das einzige, das auch aus Sicht von

Caroline Mall gegen ein Obligatorium spricht. Die SVP-Bildungspolitikerin sagt: «Im Grundsatz bin ich für die Gemeindeautonomie. Sollte man aber belegen können, dass dank der frühen Sprachförderung etwa die Kosten für «Deutsch als Zweitsprache» in der Schule stark sinken, würde dies ein Obligatorium rechtfertigen.»

## Warum bilden Gemeinden keine Verbünde?

Zwei verschiedene Lösungen bieten auf Anfrage SP-Präsidentin Miriam Locher und Bildungskommissionspräsident Pascal Ryf (Mitte). Beide kritisieren aus pädagogischer Sicht, dass die Gemeinden frei entscheiden können. «Einmal mehr ist so der Wohnort ausschlaggebend für die Bildungschancen von Kin-

dern», moniert Locher. Und Ryf sagt: «Die Auswirkungen einer mangelnden frühen Sprachentwicklung sind immens. Nicht nur auf die Integration, sondern auch finanziell für den Staat, da die spätere spezielle Förderung viel teurer ist.» Locher fordert nicht, dass jede Gemeinde ein Angebot schafft, «aber dort, wo der Bedarf nachgewiesen ist, muss es verpflichtend sein». Ryf schlägt seinerseits vor: «Warum können die kleineren Gemeinden die frühe Sprachförderung nicht analog zum Schulpsychologischen oder dem Logopädischen Dienst in Verbänden anbieten?»

Etwas ist auch Nigl vom Kanton bewusst: Verzicht von Gemeinden darauf, Familien von den Kosten der Förderspielgruppen zu entlasten, bleibt es für viele eine zu hohe Hürde.